

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Schnellbrief

Städtetag

Nordrhein-Westfalen

Postfach 51 06 20
50942 Köln

Lindenallee 13 - 17
50968 Köln

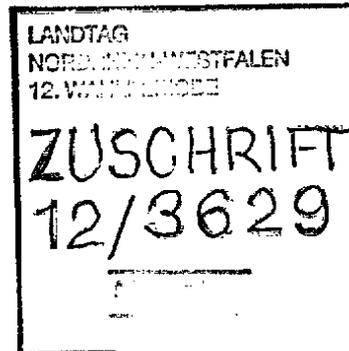
10.01.2000/iw

Telefon (02 21) 37 71-0
Durchwahl 37 71- 2 39
Telefax (02 21) 37 71-1 60

eMail engelbert.muenster-
mann@staedtetag-nrw.de

An die

Damen und Herren
Mitglieder des Landtags
Nordrhein-Westfalen



Bearbeitet von

Dr. Engelbert Münstermann

Aktenzeichen

20.10.22 N

Umdruck-Nr.

ST 5701

**Zweites Modernisierungsgesetz
Zuständigkeitsänderungen bei der Hilfe zur Pflege**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Abgeordneter,

die Landesregierung will mit dem Zweiten Modernisierungsgesetz die Zuständigkeiten für die Hilfe zur Pflege von den Landschaftsverbänden auf die kreisfreien Städte und Kreise übertragen. Mit dieser Zuständigkeitsänderung sollen im Pflegebereich die Aufgaben- und Finanzverantwortung zusammengeführt und den Kommunen - so die Landesregierung - "größere Spielräume für eigenes Handeln" eingeräumt werden.

Eine Zusammenführung von Aufgabenveranlassung und Finanzierungsverantwortung ist im Grundsatz gut. Sie entspricht dem von uns immer wieder beschworenen Konnexitätsprinzip. Nach dem klassischen Motto "Wer bestellt, bezahlt!" wird damit in der Regel die Erwartung verbunden, dass die Akteure vor Ort ihre Aufgaben kritisch hinterfragen und die damit verbundenen Ausgaben der Knappheit ihrer Kassen anpassen. Die Anwendung des Konnexitäts- bzw. Verursacherprinzips soll somit das Kostenbewusstsein stärken und Kostendämpfung bewirken. Insoweit wäre dies - gerade in Zeiten knapper Kassen - uneingeschränkt zu begrüßen.

Bitte sofort vorlegen

Bis zur **Einführung der Pflegeversicherung** hätte dieses Prinzip auch im Bereich der Pflege erfolgreich sein können. Nunmehr ergibt sich aber aus den Regelungen des Pflegeversicherungsgesetzes eine **völlig neue Entscheidungssituation**:

- Nicht mehr der Träger der Sozialhilfe (ob örtlich oder überörtlich) entscheidet darüber, wer und in welcher Höhe Leistungen der Pflege erhält, sondern der Medizinische Dienst der Pflegekassen.
- Nicht die Städte, sondern die Medizinischen Dienste der Pflegekassen entscheiden über die Pflegestufen und die Frage, ob die Hilfe zur Pflege ambulant oder stationär erfolgt.
- Nicht die Städte, sondern die Pflegekassen vereinbaren mit den Pflegeheimen die Gebühren für die Pflegeleistungen (Pflegesätze).
- Die Leistungen der Pflegeversicherung und das Einkommen der Pflegebedürftigen reichen in zahlreichen Fällen nicht aus, um die Heimkosten zu begleichen. Die Sozialhilfe muss deshalb die Restfinanzierung übernehmen.
- Nicht die Städte, sondern die Pflegekassen und ihre Medizinischen Dienste entscheiden somit im Pflegebereich über die Höhe der im Einzelfall zu leistenden Sozialhilfe.

Die beim Träger der Sozialhilfe anfallenden Kosten der Pflege sind also fremdbestimmt und lokal nicht beeinflussbar. Die Zuständigkeitsverlagerungen hätten also wegen der besonderen Entscheidungsstrukturen im Pflegebereich weder einen Modernisierungseffekt noch einen Rationalisierungseffekt und auch keinen Kosteneinsparungseffekt.

Die Herabzonung der Hilfe zur Pflege auf den örtlichen Träger der Sozialhilfe, wie sie nach dem Zweiten Modernisierungsgesetz vorgesehen ist, **hätte aber wegen des Wegfalls der Ausgleichswirkung der Landschaftsumlage für die einzelnen kreisfreien Städte und Kreise unterschiedliche finanzielle Konsequenzen**, konkret: unterschiedliche Belastungen und Entlastungen. Wie die beigelegten Übersichten der Rechnungsergebnisse 1998 der beiden Landschaftsverbände zeigen, würde die überwiegende Mehrzahl der Kreise entlastet, die überwiegende Mehrzahl der kreisfreien Städte müsste dagegen mit zum Teil erheblichen Zusatzbelastungen rechnen.

Die Herabzonung des Pflegebereichs auf die Träger der örtlichen Sozialhilfe hätte damit lediglich einen für die Städte fatalen Finanzausgleichseffekt: Mehr als 100 Mio. DM würden vom städtischen Raum in den ländlichen Raum umverteilt. Dies kann und darf nicht Ziel bzw. Folge der geplanten Verwaltungsstrukturreform sein.

Die Gründe für diese Belastungsunterschiede sind vielschichtig. Von zentraler Bedeutung sind Unterschiede in der Altersstruktur. Im Prozess der Suburbanisierung wandern die Besserverdienenden und die Jüngeren ins Umland, während die Alten und Armen in den Kernstädten bleiben. Damit nimmt der Anteil der potenziell Pflegebedürftigen und Sozialhilfeberechtigten in den Kernstädten überproportional zu. Auch insoweit übernehmen die großen und größeren Zentralorte die soziale Versorgung des Umlandes.

Es liegt also **keineswegs in der Hand der Städte, ihre überdurchschnittlichen hohen Aufwendungen für den Pflegebereich selbst spürbar zu reduzieren**. Insofern werden durch diese Zuständigkeitsverlagerung ihre Handlungsspielräume keinesfalls größer, sondern eindeutig kleiner. Wegen dieser Umstände haben sich die Städte mit einer Herabzonung der Pflege ausdrücklich nur unter der Bedingung einverstanden erklärt, dass mit der Aufgabenverschiebung innerhalb des kommunalen Raumes **parallel und auf Dauer ein voller finanzieller Ausgleich** vorgenommen wird.

Wir wissen um die hohe Komplexität und Kompliziertheit unseres Finanzausgleichssystems. Es wird deshalb möglicherweise nicht einfach sein, in diesem System für die beabsichtigten Aufgabenverlagerungen und Belastungsverschiebungen adäquate Finanzausgleichsregelungen zu finden. Gleichwohl müssen wir darauf bestehen, dass diese Regelungen konzipiert und beschlossen werden, bevor die in Frage stehenden Strukturreformen und die dadurch induzierten Aufgabenverlagerungen in unseren Städten zusätzliche Lasten auslösen.

Die Städte können die zusätzlichen Lasten aus dem Pflegebereich nicht "in den Griff" bekommen. Es kann nicht Sinn einer Verwaltungsstrukturreform sein, den sozialpolitisch sensiblen und finanzpolitisch brisanten Bereich der Altenpflege aus der Solidargemeinschaft der Landschaftsverbände herauszulösen und Städten zu überantworten, die damit finanziell überfordert sind.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie unsere Vorstellungen bei den weiteren Beratungen der Verwaltungsstrukturreform berücksichtigen könnten.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Stephan Articus

Anlage

Hilfe zur Pflege und Pflegewohngeld des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe 1998
- Netto-Ausgaben im Verhältnis zur Landschaftsumlage -

Kreisfreie Städte	endgültige Jahressumme der Umlage 1998 bei Hebesatz 17,50%	Netto-Ausgaben 1998 für Hilfe zur Pflege und Pflegewohngeld	Hebesatz 5,39 % ¹⁾	Mehrausgaben/ Minderausgaben
1	2	3	4	5
Bielefeld	108.460.388	34.528.052	33.391.811	1.136.241
Bochum	132.041.544	45.980.290	40.651.902	5.328.388
Bottrop	35.060.880	10.444.631	10.793.805	- 349.174
Dortmund	217.401.764	73.038.124	66.932.306	6.105.818
Gelsenkirchen	93.643.640	41.836.116	28.830.078	13.006.038
Hagen	67.907.291	27.437.985	20.906.453	6.531.532
Hamm	54.448.376	16.598.094	16.762.766	- 164.672
Herne	54.418.375	23.094.198	16.753.529	6.340.669
Münster	88.207.834	27.251.953	27.156.520	95.433
Krfr. Städte insg.	851.590.093	300.209.443	262.179.170	38.030.273
Kreise				
Borken	99.926.718	28.397.992	30.764.492	- 2.366.500
Coesfeld	57.395.060	16.245.767	17.669.981	- 1.424.214
Ennepe-Ruhr-Kreis	103.661.279	34.680.617	31.914.277	2.766.340
Gütersloh	102.410.035	23.418.453	31.529.048	- 8.110.595
Herford	76.233.641	19.020.398	23.469.943	- 4.449.545
Hochsauerlandkreis	81.977.499	21.485.478	25.238.344	- 3.752.866
Höxter	43.919.312	11.328.319	13.521.111	- 2.192.792
Lippe	105.597.300	33.974.805	32.510.333	1.464.472
Märkischer Kreis	137.464.893	47.507.885	42.321.625	5.186.260
Minden-Lübbecke	93.867.979	25.252.897	28.899.147	- 3.646.250
Olpe	39.683.616	7.353.453	12.217.039	- 4.863.586
Paderborn	86.043.162	16.656.026	26.490.067	- 9.834.041
Recklinghausen	197.553.718	61.542.113	60.821.580	720.533
Siegen-Wittgenstein	88.939.729	26.048.129	27.381.853	- 1.333.724
Soest	87.482.004	27.539.521	26.933.053	606.468
Steinfurt	119.153.903	35.844.750	36.684.096	- 839.346
Unna	124.486.824	32.202.029	38.325.979	- 6.123.950
Warendorf	77.674.400	24.077.048	23.913.985	163.063
Kreise insg.	1.723.471.071	492.575.680	530.605.953	- 38.030.273
LWL insg.	2.575.061.163	792.785.123	792.785.123	-

¹⁾ fiktiver Hebesatz (Berechnung entsprechend Sp. 2), um den Netto-Aufwand finanzieren zu können

Hilfe zur Pflege und Pflegewohngeld des Landschaftsverbandes Rheinland 1998
- Netto-Ausgaben im Verhältnis zur Landschaftsumlage -

Kreisfreie Städte	endgültige Jahressumme der Umlage 1998 bei Hebesatz 18,00%	Netto-Ausgaben 1998 für Hilfe zur Pflege und Pflegewohngeld	Hebesatz 4,31 % ¹⁾	Mehrausgaben/ Minderausgaben
1	2	3	4	5
Düsseldorf	243.045.352	52.550.253	58.195.859	- 5.645.606
Duisburg	192.732.991	57.724.969	46.148.844	11.576.125
Essen	227.947.117	77.871.186	54.580.671	23.290.515
Krefeld	85.998.090	22.174.672	20.591.765	1.582.907
Mönchengladbach	89.455.238	25.488.494	21.419.560	4.068.934
Mülheim a. d. Ruhr	54.355.553	15.485.233	13.015.135	2.470.098
Oberhausen	71.324.854	22.114.134	17.078.340	5.035.794
Remscheid	37.865.821	12.679.743	9.066.760	3.612.983
Solingen	51.038.131	14.498.340	12.220.797	2.277.543
Wuppertal	131.228.957	44.093.060	31.422.045	12.671.015
Aachen	82.042.641	19.661.717	19.644.655	17.062
Bonn	102.515.089	23.422.676	24.546.669	- 1.123.993
Köln	386.184.109	105.342.614	92.469.639	12.872.975
Leverkusen	56.515.281	9.566.538	13.532.270	- 3.965.732
Krfr. Städte insg.	1.812.249.224	502.673.629	433.933.009	68.740.620
Kreise				
Kleve	93.606.404	25.722.981	22.413.533	3.309.448
Mettmann	160.714.371	32.147.665	38.482.163	- 6.334.498
Neuss	135.643.948	18.577.710	32.479.190	- 13.901.480
Viersen	88.397.492	17.619.659	21.166.288	- 3.546.629
Wesel	141.390.261	25.600.841	33.855.112	- 8.254.271
Aachen	91.062.372	16.134.110	21.804.379	- 5.670.269
Düren	77.358.941	16.724.330	18.523.169	- 1.798.839
Erftkreis	133.206.859	21.907.707	31.895.642	- 9.987.935
Euskirchen	53.324.431	10.831.727	12.768.239	- 1.936.512
Heinsberg	72.539.357	12.271.050	17.369.146	- 5.098.096
Oberberg. Kreis	85.911.175	21.639.626	20.570.954	1.068.672
Rhein.-Berg. Kreis	80.887.884	14.579.377	19.368.154	- 4.788.777
Rhein-Sieg-Kreis	160.928.936	26.937.240	38.533.540	- 11.596.300
Kreise insg.	1.374.972.431	260.694.023	329.229.509	- 68.535.486
LV Rheinland insg.	3.187.221.655	763.367.652	763.162.518	205.134

¹⁾ fiktiver Hebesatz (Berechnung entsprechend Sp. 2), um den Netto-Aufwand finanzieren zu können